

Bericht über den „Tag der westfälischen Geschichte“ 1985 in Lüdenscheid

Der von den beiden Abteilungen des Vereins gemeinsam mit dem Provinzialinstitut für westfälische Landes- und Volksforschung des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe ausgerichtete 37. „Tag der westfälischen Geschichte“ fand am 31. August und 1. September 1985 in Lüdenscheid statt.

Im einzelnen enthielt das Tagungsprogramm:

Am 31. August 1985

Zusammenkunft der Vertreter westfälischer Geschichtsvereine mit Referaten Dr. Rolf Dieter Kohl, Dr. Wilfried Reininghaus und Dr. Jürgen Schawacht über das Thema „Quellen zur Wirtschafts- und Technikgeschichte Südwestfalens“.

Eröffnung durch Studiendirektor Dr. Friedrich Gerhard Hohmann, Paderborn. Vorträge von Prof. Dr. Rolf Sprandel (Würzburg): „Das mittelalterliche Eisengewerbe in Westfalen im Rahmen der deutschen Eisenerzeugung und -verarbeitung“, Dr. Alfred Hartlieb v. Wallthor (Münster): „Vom ständischen Westfalen des 18. Jahrhunderts über die preußische Provinz Westfalen zum Landesteil in Nordrhein-Westfalen“.

Am 1. September 1985

Stadtrundfahrt und Besichtigung des Museums der Stadt Lüdenscheid.

Vortrag von Prof. Dr. Rudolf Morsey (Speyer): „Heinrich Lübke – ein politischer Bundespräsident aus Westfalen“.

Kurzfassungen der Vorträge im Anhang.

Folgende Exkursionen wurden durchgeführt:

1. Geographisch-landeskundliche Studienfahrt ins Lüdenscheider Sauerland (Geologie, Morphologie, Siedlung)
2. Archäologische Fahrt zum frühkaiserzeitlichen Siedlungsgraben in Garbeck und einem frühmittelalterlichen Eisenhüttenplatz bei Neuenrade
3. Wirtschaftsgeschichtliche Fahrt zu industriellen und technischen Kulturdenkmälern des Märkischen Kreises (Bremecker Hammer bei Lüdenscheid, Schwarze-Ahe-Hammer bei Herscheid, Jubachtalsperre bei Kierspe)
4. Kunstgeschichtliche Fahrt zu spätromanischen Hallenkirchen mit ihrer Kunst im Märkischen Kreis (Herscheid, Plettenberg, Plettenberg-Ohle, Affeln).

Kurzfassungen der auf dem „Tag der westfälischen Geschichte“ in Lüdenscheid gehaltenen Vorträge

Rolf Sprandel: Das mittelalterliche Eisengewerbe in Westfalen

Die mittelalterliche Geschichte der Eisenerzeugung zerfällt in Westfalen wie in anderen Gegenden in 3 große Epochen. Die frühmittelalterliche Epoche wird charakterisiert durch das grundherrschaftlich organisierte bäuerliche Nebengewerbe. Dieses Gewerbe ist nur dort bezeugt, wo es auch agrarische Siedlungen gibt, in Westfalen nur durch archäologische Überlieferung in nördlichen Landesteilen bei Gemen und Warendorf. Die hochmittelalterliche Epoche sieht einen großen Aufschwung, dessen Impulse von Rittertum und Binnenkolonisation, von frühen Fernhandelszentren wie Köln ausgingen. Die Überlieferung ist immer noch fast ausschließlich archäologischer Art, kommt aber jetzt massiv aus dem südlichen Westfalen, aus den Bergwäldern, in denen die Waldmarken neuer Siedlungen waren, wo die Bauern saisonweise hinzogen und Eisen für den Export produzierten.

Im 13. Jahrhundert tritt noch einmal eine Veränderung ein. Die Zeugnisse der Hüttenplätze der bisherigen Art gehen zurück. Die eisenverarbeitenden Städte, gleichzeitig Amts- und Burgstädte der werdenden Territorialstaaten, treten hervor. In ihnen wächst ein breitgefächertes bürgerliches Unternehmertum heran, das an den Flußläufen neue Eisenhütten mit Wasserkraft betreibt, in den Städten an den weiterverarbeitenden Schmiedezünften teilnimmt und in den Spitzen zu einem verlegerischen, fernhändlerischen Unternehmertum aufsteigt, das den weiterhin dominierenden Kölner Kaufleuten Konkurrenz macht. Die Produktionsmöglichkeiten des Siegerlandes überragen wegen der großen Bergwerke die der anderen westfälischen Landschaften. Nach einer Quellenangabe von 1465 wurden damals dort jährlich 800 t Eisenerz gefördert. Es ist ein Konkurrenzkampf zwischen Siegerländer und Sauerländer Produzenten bezeugt, bei dem die Territorialherren als Protektoren, als frühmerkantilistische Förderer der einheimischen Wirtschaft in Erscheinung treten. Spr

Rudolf Morsey: Heinrich Lübke – ein politischer Bundespräsident aus Westfalen

Mit zunehmendem Interesse an der Bundesrepublik-Forschung in den letzten Jahren ist auch die einschlägige Literatur rasch angewachsen. Das gilt jedoch nicht für die Beschäftigung mit Persönlichkeit und Rolle unserer Bundespräsidenten, so daß auch die Frage, ob die von Theodor Heuss praktizierte zurückhaltende Art

ihrer Amtsführung die einzig mögliche ist, noch nicht beantwortet werden kann. Der zweite Bundespräsident (1959-1969) Heinrich Lübke, vermochte nicht, wie sein Amtsvorgänger, prägenden Einfluß auf die politische Kultur unseres Staates zu nehmen. Er wird dennoch in der Literatur „unter Wert“ behandelt.

Heinrich Lübke, der aus dem westfälischen Sauerland stammte (geboren am 14. Oktober 1894 in Enkhausen, Kreis Arnsberg, das heute in Sundern eingemeindet ist), war seit 1953 Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (vorher 1947-1952 in Nordrhein-Westfalen), als er 1959 das höchste Staatsamt übernahm. Dieser Unionspolitiker war kein Mann des Wortes und der Feder, sondern ein ausgewiesener Agrar- und Siedlungsexperte, ein auf Ausgleich bedachter Repräsentant der „kleinen Leute“.

Seine westfälische Prägung kam in einer eigenwilligen „Dickschädeligkeit“ zum Ausdruck, die es ihm mit zunehmendem Alter erschwerte, die gewandelte Umwelt in der Bundesrepublik nach der „Kulturrevolution“ von 1967/68 wahrzunehmen. Als Staatsoberhaupt verschaffte sich Lübke Respekt durch die Art und Weise, in der er sein Amt als Wächteramt verstand und sich nicht scheute, jederzeit unbequeme Wahrheiten auszusprechen. Er strahlte natürliche Würde und Schlichtheit aus. Er verstand sich als „politischer“ Bundespräsident und suchte die Grenzen seines Amtes möglichst auszudehnen. So nahm er ein materielles Prüfungsrecht für Gesetze und Ernennungsvorschläge für Bundesbeamte in Anspruch und bestand sowohl gegenüber Adenauer wie Erhard darauf, bei der Auswahl von Bundesministern mitzuwirken. Sein beharrliches Eintreten für die Bildung einer Großen Koalition nach dem Mauerbau in Berlin (1961) führte 1964 zu seiner Wiederwahl mit den Stimmen der SPD.

Lübke bekannte sich betont zur Wiedervereinigung Deutschlands und forderte, besonders häufig von Berlin aus, das Selbstbestimmungsrecht für alle Deutschen. Sein Einsatz für Entwicklungshilfe und sein Kampf gegen den Hunger in der Welt – über dessen Ausmaß er sich durch zahlreiche Staatsbesuche, vor allem in der Dritten Welt, ein Bild verschaffte – trug ihm großes Ansehen im Ausland ein. Auch sein Bekenntnis zum „einfachen Leben“, zu einer Aus- und Weiterbildung in überschaubaren Einheiten, wissen wir heute positiver zu würdigen als viele zeitgenössische Kritiker.

Lübkes zweite Amtszeit wurde zunehmend von Altersbeschwerden überschattet und von Verleumdungen der SED-Propaganda, die seine berufliche Bautätigkeit im „Dritten Reich“ propagandistisch in eine Tätigkeit zum Bau von Konzentrationslagern ummünzte und dabei von Hamburger Magazinen Unterstützung erhielt. Dieser Medienhetze erlag Lübke 1968 und legte sein Amt, das er gewissenhaft ausgeübt hatte, drei Monate vor Ablauf der Amtszeit nieder.

Mit seinem Versuch, die Grenzen seines Amtes auszuweiten, ist der zweite Bundespräsident gescheitert, wohl aber hat er dazu beigetragen, andere Bevölkerungskreise als sein Vorgänger und seine bisherigen Nachfolger anzusprechen.

Mo

Alfred Hartlieb v. Wallthor: Vom ständischen Westfalen des 18. Jahrhunderts über die preußische Provinz Westfalen zum Landesteil in Nordrhein-Westfalen

Westfalen ist ein besonders aufschlußreiches Beispiel für eine historisch-politische Landschaft, weil hier sowohl starke Kontinuität als auch geschichtlicher Wandel und Dynamik zu beobachten sind. Räumlich umfaßt diese Geschichtslandschaft das Gebiet zwischen Weser und Rhein, deutschem Mittelgebirge und dem friesischen Moorgürtel. Geschichtlich reicht sie bis ins Frühmittelalter zurück. Ihren politischen Charakter erhält sie durch ein starkes Regionalbewußtsein und das Zusammengehörigkeitsgefühl ihrer Bewohner.

Bis zum Ende des 18. Jahrhunderts fehlte dem Raum zwischen Weser und Rhein eine politische oder administrative Zusammenfassung. Wohl aber bestand dieses als Westfalen bezeichnete Gebiet als Einheit und als Ganzes im Bewußtsein der Menschen in Westfalen und im allgemeinen Bewußtsein. Dieses in der Literatur, in den Zugehörigkeitsbekenntnissen und im allgemeinen Sprachgebrauch sich manifestierende Bewußtsein nährte sich aus der Tradition und stützte sich auf innere Verflechtungen und Gemeinsamkeiten, die vor allem im Recht und in der Verfassung deutlich hervortreten. So war eine vergleichsweise starke Stellung der Landstände ein gemeinsames Kennzeichen der westfälischen Territorien, die deshalb als „ständische Lande“ bezeichnet wurden.

Das bei einer solchen Bewußtseinslage und bei den objektiven Gegebenheiten naheliegende Drängen zur politischen Einheit zeigt sich beim Freiherrn vom Stein und bei Ludwig Freiherr Vincke, die beide in ihrem Einsatz für die Bildung eines geschlossenen administrativen und politischen Raumes zwischen Weser und Rhein eine Brücke zwischen den territorialen Verhältnissen des 18. Jahrhunderts und der Neugestaltung im 19. Jahrhundert darstellen.

Zu den endogenen Elementen aber mußten erst Einwirkungen von außen hinzukommen, um die Zusammenfassung zu einem politischen Körper zu erreichen. Das Ergebnis dieses Prozesses war die Bildung der preußischen Provinz Westfalen im Jahre 1815. Diese hat in den 150 Jahren ihres Bestehens sowohl als staatlicher Verwaltungsraum wie auch als Gemeinwesen die westfälische Geschichte aufs stärkste geprägt. Von besonderer Bedeutung war, daß sie seit 1826 in den Provinzialständen eine politische Vertretung besaß, die in Provinzialsachen beschlußfähig war und als Organ auch nach außen wirken konnte. Die provinzialständische Verfassung wurde 1886 abgelöst durch den kommunalen Provinzialverband, der umfangreiche Aufgaben der leistenden Verwaltung zugewiesen erhielt und auch selbst auf vielen Gebieten die Initiative ergriff. Im republikanischen Preußen und in der Weimarer Republik wurde diese großräumige Gebietskörperschaft auf eine demokratische Grundlage gestellt und mit förderativen Funktionen im damaligen politischen System betraut.

Die nationalsozialistische Herrschaft unterband die starke Stellung der Provinz in der öffentlichen Ordnung. Aber nach dem Zusammenbruch von 1945 erwies sich

deren kommunale und administrative Organisation sogleich als lebenskräftig und funktionsfähig in den gewaltigen Aufgaben des Neuanfangs und des Wiederaufbaus. Sie ging auch in das 1946 gebildete Bundesland Nordrhein-Westfalen ein. Auch nach der Einrichtung der zentralen Stellen in Politik und öffentlicher Verwaltung blieb Westfalen in dem neuen Lande zwar nicht rechtlich, aber faktisch als Landesteil erhalten, und der Provinzialverband Westfalen wurde 1953 dank seines zähen Selbstbehauptungswillens als Landschaftsverband gesetzlich neu fundiert. Dieser ist als höherer Kommunalverband mit parlamentarischem Vertretungsorgan zwar der Hauptrepräsentant Westfalens, aber als Landesteil ruht die alte Geschichtslandschaft auf einer vielschichtigen Basis und auf einem dichten Geflecht an ihrem Raum orientierter Einrichtungen und Vereinigungen der öffentlichen Verwaltung, der Religionsgemeinschaften, der Wirtschaft, des öffentlichen Kredit- und Versicherungswesens, der Sozialversicherung, der Berufszweige und des kulturellen und gesellschaftlichen Lebens und kann in dieser Form auch eine tragfähige Grundlage abgeben, wenn in der Zukunft Neues gestaltet wird.

HvW